



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Münchner SPD feiert 2019 ihren 150. Geburtstag. Aus einer Versammlung „zur Besprechung der Arbeiterfrage“ am 1. März 1869 in der Nordendhalle in der Maxvorstadt ging die Münchner SPD als die Partei hervor, die seit Jahrzehnten München prägt, wie keine zweite. Tagtäglich setzen sich die über 6.000 SPD-Mitglieder dafür ein, dass das Leben in München ein wenig besser und leichter wird. Wir leisten unseren Beitrag dazu im Bundestag und berichten in diesem Newsletter von unseren aktuellen Themen.

Viel Spaß beim Lesen

Florian Post Claudia Tausend

Florian Post

Disziplinarmaßnahme im Deutschen Bundestag

Zur „Disziplinarmaßnahme“ im Deutschen Bundestag

Künftig werde ich im Deutschen Bundestag nicht mehr dem Wirtschaftsausschuss, sondern dem **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** angehören.

Durch das Ausscheiden von Marco Bülow aus der Fraktion musste die SPD einen Sitz im Ausschuss für Wirtschaft

und Energie abgeben. Die Fraktionsführung der SPD im Deutschen Bundestag hatte also zu entscheiden, wer den Ausschuss zu verlassen hat. Die engere Fraktionsführung um Andrea Nahles beschloss, dass dies ich sein sollte.

Zuerst (!) habe ich nicht etwa von der Fraktion, sondern durch den Anruf eines Journalisten am Mittwoch,



Florian Post

Disziplinarmaßnahme im Deutschen Bundestag

Fortsetzung von S.1

den 13. März, davon erfahren. In einer ersten Reaktion hielt ich dies für einen Scherz von Seiten jenes Journalisten, da er zudem mehr oder weniger wörtlich bemerkte, dass ich wohl durch meine wiederholten Forderungen nach einem **Lieferstopp von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien**, durch die von mir als Erstem öffentlich **kritisierte geplante Beförderung des damaligen Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen** zum Staatssekretär und nicht zuletzt durch mein von der Fraktion **abweichendes Abstimmungsverhalten im Bundestag bei der Frage des §219a StGB** die Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles wohl „schon lange nerven würde“.

Ich merkte jedoch sehr schnell, dass er mich ernsthaft mit diesem Sachverhalt konfrontieren wollte und ihm keineswegs nach scherzen zumute war. Offenbar muss ihm diese Information aus dem Kreis des zwei (!) Tage zuvor am Montag tagenden geschäftsführenden Fraktionsvorstandes zugetragen worden sein. Verständlicherweise war ich ziemlich perplex, war ich doch in mehreren Sitzungen am Dienstag und Mittwoch noch mit maßgeblichen Mitgliedern dieses Fraktionsvorstandes bei

Arbeitstreffen zusammen. Niemand aus diesem Kreis hatte das Gespräch mit mir gesucht!

Ich lehnte eine Kommentierung gegenüber den Medien ab, da ich nichts bewerten wollte, was ich bis dahin immer noch für ein Gerücht hielt. Natürlich kontaktierte ich sofort den zuständigen Sprecher der SPD im Wirtschaftsausschuss. Auch dieser versicherte mir glaubhaft, von dieser Entscheidung nichts zu wissen. Ich bin davon überzeugt, dass er in keiner Weise eingebunden wurde.

Auch auf Anfragen bei der engeren Fraktionsführung erhielt ich keinerlei Antwort. Natürlich recherchierte in der ganzen Zeit der Journalist weiter und machte auch gegenüber seinen Gesprächspartnern keinerlei Hehl aus seinem Vorhaben, diesen Vorgang in einem Artikel beleuchten zu wollen.

Erst am Donnerstagabend, also eineinhalb Tage nach meiner ersten Anfrage an die Fraktionsführung, wurde am Rande einer Plenarsitzung nach einer namentlichen Abstimmung mit mir gesprochen. In diesem Gespräch wurde mir mitgeteilt, dass ich den Ausschuss für Wirtschaft und

Energie zu verlassen hätte. An meiner fachlichen Arbeit im Ausschuss gebe es nichts auszusetzen. Aber man sagte mir wörtlich, dass es sich „**um eine disziplinarische Maßnahme**“ handeln würde und mit meiner Abberufung aus dem Ausschuss ein Zeichen gesetzt werden sollte, um die Disziplin in der Bundestagsfraktion zu sichern. Ich darf aus diesem Gespräch die Begründung der „disziplinarischen Maßnahme“ wiedergeben, da der Erste parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion sich in den Medien entsprechend zitieren lies. Die Beweggründe wurden also offiziell bestätigt.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Vorgänge und Umstände darf und muss jeder von Euch selbst bewerten!

Ihr könnt Euch jedoch darauf verlassen, dass ich auch künftig bei Entscheidungen, die ich als Gewissensentscheidungen einstufe, im Bundestag so abstimmen werde, wie ich es für richtig halte. Außerdem werde ich weiterhin offen für meine sozialdemokratischen Grundüberzeugungen und die Positionen der Partei eintreten. Dies auch nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass ich mich bei allen angesprochenen Entscheidungen immer im Einklang mit Parteitagebeschlüssen der Münchner SPD befand.

„Ihr könnt Euch jedoch darauf verlassen, dass ich auch künftig bei Entscheidungen, die ich als Gewissensentscheidungen einstufe, im Bundestag so abstimmen werde, wie ich es für richtig halte.“

Florian Post MdB

Weiter auf S. 3

Florian Post

Disziplinarmaßnahme im Deutschen Bundestag

Fortsetzung von S. x
2

Bei meiner ersten Kandidatur zum Deutschen Bundestag im Jahre 2013 bin ich mit dem Wahlspruch angetreten: „**Haltung haben, zeigen und vertreten!**“ sowie „**Laut für Leises**“. So werde ich es auch in Zukunft halten und daran will ich gemessen werden!

Aktuell arbeitete ich zusammen mit einigen Kolleginnen und Kollegen an der Verbesserung der Rüstungsexportkontrolle. Dieses Thema wurde mir nun entzogen. Aber auch wenn mir

nun die Zuständigkeit für das Thema „Rüstungsexporte“ als Berichterstatter im Parlament weggenommen wurde, werde ich weiterhin – auch öffentlich hörbar – dafür eintreten, dass die Bundesrepublik Deutschland eine sehr restriktive Rüstungsexportpolitik an den Tag legt und dass vor allem die Lieferungen nach Saudi-Arabien auch nach Ablauf einer noch festzulegenden Frist unterbleiben. Es muss Verlass darauf sein, dass Vereinbarungen im Koalitionsvertrag, keine Waffen an Länder zu liefern,

die am Jemen-Krieg beteiligt sind, unverändert gelten.

Hier könnt ihr auch künftig auf mich zählen!

Und natürlich auch darauf, dass ich mich in meinem neuen Ausschuss für „Recht und Verbraucherschutz“ mit Nachdruck um wichtige Belange, wie vor allem den **Mieterschutz** kümmern werde. Diese künftige Betätigung spornt mich an, ich empfinde sie keineswegs als Degradierung.

Florian Post

Bodenkommission besucht

Alt-OB Dr. Hans-Jochen Vogel



Hans-Jochen Vogel setzt sich unermüdlich für ein soziales Bodenrecht ein. Ihm ist die Regierungskommission „**Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik**“ zu verdanken.

Mit einer Delegation ebendieser waren Claudia Tausend und OB Dieter Reiter im Augustinum zu Gast.

Martin Schulz in München

Martin Schulz, der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, hielt auf Einladung von Claudia Tausend eine leidenschaftliche Rede in der bis auf den letzten Stehplatz gefüllten Echardinger Einkehr.

Die bayerische SPD-Spitzenkandidatin Maria Noichl stimmte mit einem Grußwort auf die Europawahl am 26. Mai 2019 ein.



Maria Noichl und Claudia Tausend "heizten" den Raum mit vielbeachteten Reden ein. Anschliessend blieb auch noch Zeit für ein gemeinsames Bier - Prost!



Leider mussten wir wegen Überfüllung Gäste abweisen. Aber Martin Schulz kommt im Sommer wieder! Ein wunderbarer Abend mit Martin Schulz in der Echardinger Einkehr!

150 Jahre Münchner SPD

Mit einem rauschenden Fest in der Alten Kongresshalle hat die Münchner SPD am 1. März ihren 150. Geburtstag gefeiert. Zahlreiche Gäste aus dem öffentlichen Leben der Stadt und der Partei waren gekommen, um gemeinsam zu feiern. Claudia Tausend, Vorsitzende der Münchner SPD, blickte in die Zukunft der Stadt, die die SPD wie keine andere Partei mitgestaltet hat und weiter gestalten will: „Wir werden dafür sorgen, dass München sozial, friedlich, bunt und weltoffen bleibt!“ Oberbürgermeister Dieter Reiter stellte den Kampf für bezahlbaren Wohnraum in den Mittelpunkt seiner Rede.



Die alte Kongresshalle - am 1.3.2019 ganz in rot.

Dr. Hans-Jochen Vogel meldete sich per Videobotschaft - und wünscht sich bei weiteren politischen Themen ebenso viel Enthusiasmus wie bei dem Volksbegehren gegen das Bienensterben.



Florian Post beim Anzapfen - O'zapft is!



Bürgermeisterin Christine Strobl beim Anschneiden der Geburtstagstorte für die SPD - die gleichzeitig auch ihre Geburtstagstorte war - Herzlichen Glückwunsch!

SPD unterstützt das Bündnis Pro SEM

Für lebenswerte Quartiere und bezahlbares Wohnen im Münchner Nordosten

Der Nordosten birgt das größte verbliebene Potenzial für die künftige Siedlungsentwicklung in München. Östlich der S8 wird in den nächsten Jahrzehnten ein neuer Stadtteil entstehen. Anfang des Jahres hat sich ein Bündnis Pro SEM gegründet, das auch die Münchner SPD unterstützt.

80 Organisationen machen mit, unter anderem Mieterverein, DGB oder das Bündnis „München sozial“. Das Bündnis setzt sich für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum, gerade für Gering- und Normalverdiener ein. München ist eine aus sich heraus wachsende Stadt mit Geburtenüberschuss.

Diese Generationen wollen auch irgendwo wohnen. Durch die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (SEM) können im Nordosten 90 Prozent vergünstigter Wohnraum, gebunden auf 60 Jahre, entstehen – ohne SEM sind es 40 Prozent mit 25 bis 40 Jahren Bindung. Überließe man die restlichen 60 Prozent dem Spiel der Märkte, würden am Ende unerschwingliche Eigentumswohnungen herauskommen.

Werden Äcker und Brachflächen zu Nettowohnbauland, explodiert der Grundstückswert – ohne Leistung des Grundeigentümers. Bei einer SEM kommt dieser Wertgewinn allen zu Gute. Er finanziert den preisgünstigen Wohnungsbau, U-Bahn und Tram, weiterführende Schulen und Sportanlagen, Alten-Service-Zentrum und Jugendeinrichtung usw. Ohne SEM gingen diese Infrastrukturkosten voll zu Lasten des städtischen Haushaltes, also der Allgemeinheit, so dass die Stadt andere Projekte zurückstellen müsste, während die Eigentümer höhere Bodenwertgewinne kassieren – wohlgerne leistungslos. Ziel der SPD ist am Ende ein fairer und kooperativer Umgang zwischen Stadt und Grundeigentümern – ohne Bodenspekulation. Für die SPD gilt es, die Sorgen der Anwohner und Eigentümer ernst zu nehmen, man muss sie aber sorgfältig trennen von Stimmungsmache und geschürtem Egoismus.

Mit breiter Mehrheit hat der Stadtrat Anfang Februar einen städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideen-

wettbewerb beschlossen. Der Wettbewerb soll unter Beteiligung der Öffentlichkeit eine Diskussionsgrundlage liefern. Bevor man über konkrete Bevölkerungszahlen entscheidet, gilt es ein Mobilitätskonzept zu erarbeiten. Die SPD will das Viertel autoarm gestalten, mit der U-Bahn erschließen und die S8 in einen Tunnel legen. Der weitaus größte Teil der 600 Hektar Untersuchungsgebiet wird langfristig Freiraum bleiben. Dem Bündnis ist es wichtig Biotop zu schützen und wertvolle Naturräume wie den Hüllgraben zu erhalten. Außerdem sollen naturnahe Erholungsräume entstehen mit einem Badesee. Eine naturverträgliche, erlebbare Landwirtschaft soll weiter ihren Platz haben. Den zehn landwirtschaftlichen Betrieben, den Gärtnereien und Baumschulen soll, sofern sie das wollen, die Bewirtschaftung ermöglicht bleiben. **Nach einer Runde mit den Grundstückseignern startet der Ideenwettbewerb im März mit der ersten von drei öffentlichen Dialogveranstaltungen, bei der Bürger ihre Anregungen einfließen lassen können.**

BIMA und Kommunen wollen enger kooperieren

In den Koalitionsgesprächen und auf dem Wohngipfel hat sich die SPD erfolgreich für eine Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik des Bundes eingesetzt. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat im Herbst 2018 den Weg frei gemacht für eine grundlegende Änderung der Vergabepaxis

bei bundeseigenen Immobilien durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA): Mit Inkrafttreten der Verbilligungsrichtlinie bekommen Kommunen ein Erstzugriffsrecht auf entbehrliche bundeseigene Flächen zu stark vergünstigten Konditionen, wenn diese der Erfüllung öffentlicher

Aufgaben dienen. Darunter fällt insbesondere der soziale Wohnungsbau. Die vergünstigte Weitergabe von Liegenschaften an Dritte ist möglich, wenn diese die soziale Bindung übernehmen. Entscheidend ist, dass der Vorteil beim Mieter ankommt! Damit möglichst zügig entbehrliche,

Fortsetzung von S. 6

bundeseigene Flächen für den Wohnungsbau bereitgestellt werden können, wollen die BImA und die Kommunen künftig enger zusammenarbeiten. In einer gemeinsamen Veröffentlichung schreiben sie die Verkaufspraxis der BImA fest. Diese Kooperation stärkt die Trendwende zu mehr bezahlbarem Wohnraum. Bund, Länder und Kommunen haben eine gemeinsame Verantwortung, der Baulandknappheit

und speziell dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu begegnen. Nun müssen auch die Länder nachziehen und ihre ungenutzten Flächen zu vergünstigten Konditionen an die Kommunen zum Bau von Wohnungen abgeben!

Neben der neuen Vergabep Praxis plant die BImA auch die Umsetzung eigener Wohnungsbauvorhaben im Rahmen der Wohnungsfürsorge für die Unterbringung von Bundesbeschäftigten.

In angespannten Wohnungsmärkten wie München ist dies von zentraler Bedeutung. In der Landeshauptstadt können sich viele Bundesbedienstete, wie etwa Bundespolizisten, auf dem freien Markt kaum noch Wohnraum leisten. Beim Wohnungsbau allein darf aber nicht stehen geblieben werden. Auch die Vermietungspraxis der BImA selbst muss sich ändern. Sie darf nicht pauschal die Miethöhe bis an die ortsübliche Vergleichsmiete heran anheben.

Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit!

Der SPD-Parteivorstand hat ein umfassendes Konzeptpapier zum "Sozialstaat für eine neue Zeit" beschlossen. Die Grundsätze lauten Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit. Es ist ein erstes Papier dem weitere zu den Themen Alterssicherheit, Gesundheit und Pflege und Wohngeld folgen werden.

Die SPD will den Wert der Arbeit stärken. Dazu gehören stärkere Tarifbindung, mehr Mitbestimmung und eine Mindestausbildungsvergütung, um sicherzustellen, dass jede und jeder von seinem Lohn ein gutes Leben führen kann. Alle Menschen sollen einen Anspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung bekommen. Das soll dafür sorgen, dass niemand Angst vor den wirtschaftlichen Veränderungen haben muss. Der Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit soll wieder stärker zum Tragen kommen: Wer lange Beiträge gezahlt hat, hat auch einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld. Die SPD wird Hartz IV hinter sich lassen und durch ein Bürgergeld ersetzen. Das ist konsequent aus der Sicht

derjenigen gedacht, die Unterstützung benötigen, nicht aus der Sichterer, die den Sozialstaat missbrauchen.

Mit einer Kindergrundsicherung will die SPD Kinderarmut bekämpfen. Denn leider ist jedes fünfte Kind in Deutschland von Armut in verschiedenen Formen betroffen. Kinder haben in der Sozialhilfe nichts zu suchen. Das Starke-Familien-Gesetz ebnet den Weg für eine eigenständige Kindergrundsicherung, die Familien mit geringen Einkommen stärkt. Dazu reformiert es den Kinderzuschlag und die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket.

Bei der Grundrente geht es um die Anerkennung von Lebensleistung, nicht um Bedürftigkeit.

Die Grundrente soll niedrige Renten anheben und gegen Altersarmut wirken. Die SPD will nicht zulassen, dass Menschen, die sich anstrengen und hart arbeiten, am Ende des Tages nicht die Wertschätzung bekommen, die ihnen zusteht. Sie verdienen eine Rente spürbar oberhalb der Grundsicherung. Gerade viele Frauen würden profitieren, da auch die Jahre

für das Erziehen der Kinder und der Pflege von Angehörigen berücksichtigt werden. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil wird im Mai einen ausgearbeiteten Gesetzesentwurf vorlegen.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht das Sozialstaatskonzept als Herzstück einer neuen sozialdemokratischen Politik. Die Zielsetzungen werden bereits in anstehenden parlamentarischen Beratungen und Gesetzesvorhaben Anwendung finden, nicht nur beim Starke-Familien-Gesetz oder der Grundrente sondern auch bei der Einbeziehung der Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung und der Evaluierung des Mindestlohnes.

Um die SPD-Vorschläge vertieft zu beleuchten, lädt Claudia Tausend gemeinsam mit dem Bundestagskollegen Bernd Rützel aus dem Sozialausschuss und Stadträtin Anne Hübner alle Interessierten am 24. April ab 18 Uhr in das Münchner Hofbräuhaus zu einer Diskussionsveranstaltung. Um Anmeldung unter claudia.tausend.wk@bundestag.de wird gebeten.

Termine

Florian Post

SPD

Zeitenwende in der Weltpolitik - Lesung mit Sigmar Gabriel

Über 270 Gäste durfte Florian Post am 17.02.2019 zur Lesung mit Sigmar Gabriel begrüßen, der sein aktuelles Buch „Zeitenwende in der Weltpolitik“ im Literaturhaus München vorstellte.



Besondere Freude war es für Florian Post, dass Dirk Ippen, der Verleger des Münchner Merkur sich Zeit nahm, mit Florian von Brunn und ihm anschließend gemütlich bei einer Brotzeit diverse Themen zu diskutieren.

Firmenbesuch bei der Münchner Turbinenunion (MTU)



Sehr interessante Gespräche und Führung bei der MTU Aero Engines AG bei ihrem Sitz in der Dachauerstraße.



Besonders beeindruckt war Florian Post vom technischen Know-How.

Klimaschutz



Florian Post ist dankbar, dass das Verantwortungsbewusstsein Münchner Schülerinnen und Schülern bei ihren Demos für mehr Klimaschutz gezeigt wird. Gerne unterstützt er diese bei ihrem wichtigen Anliegen und freute sich, dass auch die Münchner Jusos Flagge zeigen!

Termine

Claudia Tausend

Faschingstreiben in Oberföhring



Claudia Tausend beim traditionellen Faschingstreiben der Feringa im Bürgerpark Oberföhring mit der Vorsitzenden der VG 29 Karin Vetterle und vielen Genossinnen und Genossen.

Grundsteuer



Zum Thema Grundsteuerreform und Änderungen am Baugesetzbuch tauschte sich Claudia Tausend mit dem Bundestagskollegen Michael Schrodi und dem Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Vorsitzender der SGK Bayern, im Fürther Rathaus aus.

Florian Post MdB

Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales



Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Starkbieranstich mit Dieter Reiter

SPD



Oberbürgermeister Dieter Reiter zapfte in der Forschungsbrauerei in Perlach mit zwei Schlägen den neuen Jakobator an und läutete damit die Starkbierzeit 2019 ein.

60 Jahre in der SPD!



OB Dieter Reiter und Claudia Tausend ehrten Hermann Memmel für 60 Jahre Mitgliedschaft. Mit dabei waren neben seiner Frau Fränzi MdL Markus Rinderspacher, die Stadträte Helmut Schmid und Ingo Mittermaier, Maren und Mark Salzmann.

Besuch aus München in Berlin



Besuch aus München in Berlin: 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeshauptstadt München diskutierten mit Claudia Tausend über die Bundespolitik und schauten hinter die Kulissen des politischen Berlin.

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung**, **Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.